



**Wenn die Unternehmer glauben, daß durch die lange Kurzarbeit und große Arbeitslosigkeit die Arbeiter zermürbt seien und sich einem Diktat beugen würden, dann werden sich die Herren täuschen. Eine ungeheure Ermüdung und Ersitterung hat das Ergreifen der Unternehmer in den Arbeiterkreisen der Schuhindustrie ausgeübt.**

**Vorstand und Beirat unseres Verbandes haben mit den beiden anderen Arbeitnehmerverbänden in gemeinsamer Beratung, bei der die große Ersitterung, die das Vorgehen der Unternehmer erzeugte, zum Ausdruck kam, einmütig und mit Entrüstung die Forderungen der Unternehmer abgelehnt. Nicht nur das, es wurde in Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, und um es zu ermöglichen, einen Teil der Arbeitslosen wieder in Beschäftigung zu bringen, die Forderung**

**auf Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche mit Lohnausgleich aufgestellt. Diese Forderung ist nicht nur durchaus berechtigt, sondern eine zwingende Notwendigkeit.**

**Nicht nur Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zwingt uns, diese Forderung zu stellen, auch die größere Anwesenheit der Arbeit, die gesteigerten Leistungen machen eine Verkürzung der Arbeitszeit notwendig. Kollegen und Kolleginnen!**

**An euch richten wir die Aufforderung, euch zur gemeinsamen Abwehr der Beschlechterungen eurer Arbeitsbedingungen zusammenzuschließen. In dieser Zeit, in der die Arbeiterfront in härtester Abwehr gegen Lohn- und Tarifverflechtung, gegen Fabrikanten Willkür steht, darf es keine Abfallströmungen, keine Sonderaktionen geben! Folgt nicht den Weisungen von Verbänden oder Organisationen, die außerhalb unseres Verbandes stehen! Nur wenn alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuhindustrie sich um ihre Organisation, den**

### Zentralverband der Schuhmacher

**scharen, alle Sonderaktionen — sie mögen kommen von welcher Seite es sein mag — zurückweisen und die von den Organisationsinstanzen des Zentralverbandes der Schuhmacher ausgeht, werden wir imstande sein, die Anschläge der Fabrikanten auf den Lebensstandard der Arbeiter zurückzuweisen.**

**Wer in diesem und aufzugezwungenen Abwehrkampf die Kräfte der Arbeiter durch Sonderaktionen zerplittert, wer in diesem Kampf abfällt, begeht Verrat an den Interessen der Schuhfabrikarbeiter.**

**An die bisher der Organisation noch fernstehenden Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuhindustrie richten wir die Aufforderung, sich unverzüglich einzureihen in die Organisation und dadurch die Kampffront der Arbeiter zu stärken!**

**Hinein in den Zentralverband der Schuhmacher!**

**Kürnberg, im Januar 1931.**

**Vorstand und Beirat des Zentralverbandes der Schuhmacher**

## Wohin hat das Gerede vom Preisabbau geführt?

Von der Regierung seit Anfang des Jahres, haben die Unternehmer die Bewegung zum Preisabbau, die mit dem Schicksal sprach von Lohnabbau sichtbar wurde, zu einem so allgemeinen Bedürfnis gemacht, daß kaum noch irgendwo ein ungeschickter Laie behaupten könnte, daß dieses Gerede auch in Berlin bei den Metallarbeitern so gut geplatzt ist, haben die Verbände der Industriellen in Hamburg, Baden, Pils, Württemberg, Slesien usw. ebenfalls schlagartig die behaupteten Lohnabbauentscheidungen und Forderungen auf Lohnabbau bis zu 15 Prozent gestellt. Und was den Metallgewerkschaften nicht, ist selbstverständlich den übrigen Unternehmern billig: so sind die Lohnabbauentscheidungen in sämtlichen Industriezweigen beispielweise ebenso gefolgt worden wie in der westdeutschen Stahlindustrie oder in der norddeutschen Textilindustrie, wie im Maschinenbau und auch in der Schuhindustrie. Und der

**bei den Metallern zum Lohnabbau vorgegebene Preisabbau?**

Tatsache ist eigentlich bloß noch die Regierung — sonst ist davon nichts mehr zu merken! Der Preisabbau-Bericht stand Ende November immer noch höher als im Oktober, ja die Industrieberichte haben sogar noch beträchtlich zugenommen, nämlich um 11,9 Prozent!

Inzwischen ist durch die an so vielen Orten durchgeführte Schmelzung des Lohnes und durch die seit drei Monaten in Kraft befindliche „Reichsarbeitslosenversicherung“ wiederum hart gefolgt, so daß offensichtlich weitere Abschlüsse einzuwirken sind, die darüber noch verhandelt werden, daß die Kaufkraft im Hinblick auf die mit so großer Heftigkeit angeführte Preisabbauforderung in der Tat ein Verlust ist, der die Erhaltung der Lebenshaltung nicht einmal bei der Erhaltung eben, daß die Preise demnach nicht fallen und damit billiger eingekauft werden kann. Damit hat der Preisabbauforderung eine weitere Verschärfung der Krise gefolgt, die nun wiederum von den Interessenten zu einer weiteren Begründung von der Notwendigkeit des Lohnabbaues benutzt wird.

Es kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß das ganze Gerede von einer Preisabbauforderung nichts anderes ist als ein großer bluff.

dazu bestimmt, das Kapital weiter zu entfalten und den Arbeitnehmern zur Aufnahme neuer Stellen gefolgt zu machen. Der Lohnabbau mit gleichzeitiger Preisabbauforderung, wie es die Regierung beantragt hat und noch tut, will in Wirklichkeit gar keine Verbilligung der Lebenshaltung, die allein die Wirtschaft nur beleben könnte. Denn es ist klar, daß durch diese gleichzeitige Aktion — angenommen, sie würde wirklich durchgeführt — das Verhältnis von Preis, Verdienst und Kaufkraft in keiner Weise geändert wird.

Zeigen wir einmal den Fall, die Preise würden tatsächlich im selben Verhältnis wie die Löhne sinken, dann bleibt das Verhältnis zwischen Wert der Ware und Kaufkraft völlig gleich: es würde also alles beim alten, nur die Zahlen wären geändert. Nur ist aber überall die

**Lohnsenkung proportional weit härter als die Preisabbauforderung.**

Jetzt mit dem von einzelnen Kreisen überhört worden, kommt, es ergibt, das bedeutet aber, daß die Kaufkraft noch mehr gesunken ist als vorher, so daß in Wirklichkeit die Preise

**gegenüber dem Preisabbau weit härter als die Preisabbauforderung sind.**

Zeit Wochen und Monaten haben die Schuhindustriellen in das allgemeine Preisabbau-Gerede mit eingeklinkt, obwohl sie — wir haben das immer wieder hervorgehoben — als Vertreter einer Konsumgüterindustrie tatsächlich ein entgegengelegtes Interesse annehmen müßten. Als dann notwendig wurde als Gegenmaß die Preisabbauforderung in Zentrale, so waren die Schuhfabrikanten wieder die ersten, die heftige Klagen führten, diese Aktion führe zum Ruin der Arbeiter! Die Fabrikanten erkennen gar nicht, was insbesondere ihre Haltung ist. Die Unmöglichkeit der großen Masse der Bevölkerung, sich ihrem Bedarf entsprechend einzudecken, wird als „Kaufkraftverlust“ bezeichnet. Um mindestens 10 Prozent ist die Lohn- und Gehaltssumme in Deutschland gesunken, angesichts der Tatsache, daß ein Drittel der Bevölkerung unter der allgemeinen Arbeitslosigkeit zu leiden hat. Dazu trat dann die verheerende Inflationskatastrophe, die durch den Preisabbau zu „retten“, und die Schuhfabrikanten sind bedenkenlos in die Front dieser „Wirtschaftsnotretter“ eingeklinkt. Untere auf Grund veränderter Auswertungen der Unternehmerpreise schon vor längerer Zeit gefolgerte Vermutung, daß man sich ebenfalls im Lager der Schuhfabrikanten mit dem Scheitern einer Lohnabbauentscheidung, wurde durch die am 31. Dezember jüngst eingeleitete

**Rückbildung des Reichslohntarifes**

und die daran geknüpften Lohnsenkungsmaßnahmen bestätigt, allerdings in einer Form, die uns Vorteile bringt.

Man darf gespannt sein, mit welchen Argumenten die Fabrikanten ihren unerbittlichen Preisabbau-Forderungen begründen werden. Hat dem Gebiet der Preisabbauforderung der Lohnabbau keine neue Bedeutung gegeben, sondern ist es nur ein Mittel, um die Arbeiter zu zerschlagen, so ist die Preisabbauforderung ein richtiges, aber überhaupt nicht mehr zu begehrendes Mittel. Die Herren Schuhfabrikanten haben der Öffentlichkeit verheimlicht, daß der Preisabbau für Schuhe auch als abgeschlossen zu gelten hat. Das hindert sie aber nicht, sich im

trost angebotener Senkung im Verhältnis zu dem nunmehr verringerten Einkommen höher sind als vorher! Sines kommt noch, daß die für einige wenige Artikel durchgegriffene Preisabbauforderung so geringfügig ist, daß sie praktisch überhaupt keinen Einfluß auf die Verbilligung eines Haushalts hat.

Nehmen wir z. B. an, ein Arbeiter hat 150 M. Monatsgehalt, von dem er Frau und zwei Kinder ernähren muß; 6 Prozent werden ihm davon abgezogen, macht 21 M. im Monat. Was ist nun billiger geworden? In Berlin soll beispielsweise das Brot statt 50 Pf. noch 46 Pf. kosten, der Milchpreis ist je Liter um 1 M. gesunken worden, Kartoffeln bei je 10 Pfund um 3 Pf., — der Butterpreis ist schon wieder gestiegen —, Schweinefleisch ist angeblich um 5 Pf. je Pfund billiger geworden — weitere Verbilligungen sind auch in unlässigen Ausstellungen bisher beim besten Willen nicht zu entdecken.

Die oben erwähnte Familie braucht nun im Monat und 30 Pfund 1,20 M. Verbilligung, 30 Liter Milch = 30 Pf. Verbilligung, 100 Pfund Kartoffeln = 3 M. Verbilligung; Schweinefleisch kommt bei den hohen Preisen im besten Falle einmal wöchentlich auf den Tisch, bei der Verbilligung macht das mit einem höchsten 5 Pfund = 25 Pf. Verbilligung — alles in allem eine Ersparnis von höchstens 4,75 M. im Monat, und

**bedürft werden 21 M. vom Gehalt abgezogen!**

Man stelle diese Hebelwirkung einmal auch bei einem Arbeiter mit einem Wochenlohn von 40 M. an, dem davon 3,20 M. pro Woche abgezogen werden — das Resultat ist dasselbe!

Mit solchen Manövern werden in Deutschland alle Sun-berie und aber Hunderte von Millionen M. Kauf des geringen Einkommens der Arbeiter, Angestellten und Beamten und nicht zuletzt auch der Gewerbetreibenden und Rentnerempfänger in die Taschen der Unternehmer und des Handels geleitet, wobei es dem Kapital ganz gleichgültig ist, daß durch ein solches Vorgehen die angebliche Wirtschaftskrise immer weiter vertieft werden muß. Was tut es für sie? Sie werden eben — solange die Arbeiterkassen aller Nationen diesen bluff nicht durchschauen und solange sie stille halten! — Ruhe zuehen.

### Lebenshaltungs-Index

Die Lebensmittelpreise von Stadt zu Stadt immer vergleichbar.

	Lebensmittelpreis	Veränderung	Wohnung	Veränderung	Wohnung	Veränderung	Wohnung
Januar	148,8	145,3	130,2	150,4	163,2	198,3	
Februar	149,5	141,7	130,5	152,4	160,8	195,5	
Oktober	146,4	139,5	130,7	153,5	158,0	192,7	
November	144,5	137,5	130,7	152,4	154,0	189,7	

Die Lebensmittelpreise in einzelnen Städten sind immer vergleichbar, da jede Gemeinde für die offizielle Notierung zwar immer wieder den Preis für dieselbe Qualität angibt, der Angabe aber die in ihrem Bezirk maßgebende Zerteilung zugrunde liegt. In ausgedehnten Einkaufsreisen, wo man durchschnittlich geringwertigere Lebensmittel kauft, werden deshalb die Preise vergleichsweise immer niedriger sein. Teiler ungeachtet bleibt das Wertverhältnis genau, wenn man sich beispielsweise die in „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichten Lebensmittelpreise vom 18. und 19. November in 19 Städten vergleicht.

Wir greifen Schellische heraus, die bekanntlich nicht in Berlin gefangen werden. Trotzdem kosten sie „frisch, mit Kopf“ in Berlin 1,11, in Hamburg dagegen 1,50, in Köln 0,90, in Baden 1,40, in München 1,22, in Breslau 0,88, in Frankfurt 2,30, in Hannover 0,72, in Stuttgart 1,10, in Leipzig 1,60, in Dortmund 1,20, in Wuppertal 0,64, in Augsburg 1,—, in Karlsruhe 1,30, in Sued 1,20 M.

Über nehmen wir jetzt, gedauert, inländische Sped: Berlin 2,34, Hamburg 2,32, Köln 2,40, München 3,54, Dresden 2,30, Breslau 2,30, Essen 2,28, Frankfurt a. M. 3,36, Hannover 2,24, Stuttgart 2,30, Dortmund 2,30, Wuppertal 2,30, Augsburg 2,34, Karlsruhe 2,30, Mannheim 3,30, Nürnberg 3,28, München 2,30, Karlsruhe 2,—, Sued 2,— M.

## Der Reichstarifvertrag gekündigt

**Unerhörte Lohnabbau-Zumutung an 100000 Schuhfabrikarbeiter**

gleichen Atemzug einzutreten für einen ganz unerhörten Lohnabbau. Was sie dabei vorhaben, ist, daß dieser Preisabbau für Schuhe nicht nur möglich gemacht ist durch eine durch die Nationalisierung bedingte Intensivierung der industriellen Arbeitseistung, sondern auch durch eine bereits erfolgte und nicht nur in dieser Intensivierung liegende Verschärfung der Krise.

Die Selbstkosten pro Arbeitstunde konnten in den letzten Jahren wesentlich herabgedrückt werden. Wenn auch in der Krise fallen können, daß die überzähligen Arbeiterkassen bereits vielfach abgegriffen sind. Es gibt Unternehmer, die es mehrheitlich verstanden haben, jobs, wenn auch nur geringfügige, schmale oder organisatorische Senkungen im Betrieb zu realisieren, und um den Preis und auf die Arbeitslosen auszuweichen. Der Preisabbau würde übrigens auch durch einen gewissen Preisfall der Rohstoffe möglich.

Die Nationalisierung trieb zu enormer Preissteigerung und außerordentlicher Produktionssteigerung. Die Schuhfabrikanten haben ihre Kräfte mobilisiert. Sie haben die Nationalisierungsarbeiten zum Ziele geföhrt, nicht zuletzt auf Kosten beschärfte Preissteigerungen. Und nun tragen dieses neue Lohnabbau-Verfahren!

Wie bereits bemerkt, die Unternehmer haben uns die Absichten in den vorletzten Zeit verraten. Ich aber der Arbeiter werden so ungeheuerlich in Erscheinung treten würde, hat wohl kaum jemand für möglich gehalten. Man darf aber sagen, daß die Unternehmerabsichtungen auf Abänderung des Tarifvertrages keine einzige der wesentlichen Tarifbestimmungen angetastet haben.

Man darf aber sagen, daß die Arbeiterkassen durch die Preisabbauforderung der Arbeiter und die Augenblicklich zum einmaligen zu schrumpfen werden, daß man die Preisabbauforderungen verweigern, den Kaufkraftverlust zu vermeiden und die geschädigten Preisabbauforderungen der Arbeiter zu vermeiden.





# Beiratssitzung der Verbände der Schuhindustrie-Arbeiterschaft

Am 7. und 8. Januar waren die Vertreter der am Reichsverband beteiligten Schuhindustriearbeiter in Nürnberg versammelt, um zu der durch die Tarifkommission durch die in der letzten Nummer dieses Blattes veröffentlichten Beschlüsse Stellung zu nehmen.

Unterhalten und einmütig kam man überein, daß die Verhandlungen der Unternehmerseite zum Teil zum großen Teil das Wohl der Arbeiter, mehr als eine Verhandlungsphase angesehen werden können.

Nicht nur das Festhalten an Lohnabbau, das den Arbeitern eine Entschädigung von 10 bis 15 Prozent zumutet, auch die Forderung auf Minderberuf des Handarbeiters ist ein Punkt, der von den Arbeitern nicht getragen werden würde. Die Unternehmerseite müßte zum größten Teil als unbillig und unannehmbar bezeichnet werden.

Wenn man beispielsweise die vorgeschlagene Minderberufung des Handarbeiters in Betracht zieht, so ist die Forderung, die Arbeiter zu beschäftigen, weil er bei einer Stelle alle Rechte einräumt, bei anderen aber alle Pflichten auferlegt. Eine Verhandlungsart, bei der ein Teil der Arbeiter über die anderen hinweggeht, ist nicht im Interesse der Arbeiter, auch nur der Unternehmerseite, „hingegen“ würde, welche allein schon gegen die elementare Gerechtigkeit der Verhandlungsart.

Wesentlich mehr die Haltung der Arbeitgeber in der Arbeit-

zeitfrage an. Obwohl in Unternehmerteilen enthält die Ansicht durchzuführen beginnt, daß die fortschreitende Währungs- und Produktionssteigerung und die dadurch veranlassende Produktivsteigerung auf dem Arbeitsgebiet eine völlige Umstellung bedingt, ein die Unternehmerseite immer noch den Geist der Vergangenheit. Obwohl feststeht, daß die Schuhindustrie seit Jahr und Tag um zu fast 100 Prozent nicht mehr in der Lage ist, die Arbeiter bei voller Arbeitszeit zu beschäftigen, werden immer noch Forderungen in den Verhandlungen über Heberzeugung verlangt. Man wünscht sogar die Festlegung der Löhne nach dem Anordnen zu können, wenn in einer Arbeitswoche bereits Arbeitslos ausfallen müßten.

Derartige Maßnahmen seien natürlich unbillig. Gerade in unserer Industrie sei praktisch der Beweis erbracht, daß eine den Verhältnissen angepaßte Verringerung der Arbeitszeit sich bezahlt.

Die Beiratssitzung gelangte zu dem Ergebnis, daß es ziemlich alles, was die Unternehmerseite in Vorschlag bringt an Verzichtleistungen, als unbillig überlegt. Indem sie festhalten, den Weg von Verhandlungen zu betreten. Im Gegensatz zu früher, wo schon wiederholt von Unternehmerseite der Verhandlungsgang auf freier Basis abgelehnt worden sei, werde diesmal gewünscht, daß sich die Verhandlungen zu kommen. Der Umfang der Verhandlungsgegenstände der Unternehmer und insbesondere der einschneidenden, jedoch nicht aber notwendigen Punkte mit den Tarifverhandlungen zu klären. Der Vertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. März. Von den Unternehmern ist er anfangs zum nächsten Termin (31. Januar 1931) bereits am 31. Dezember 1930 gefälligst.

In jeder gründlicher Beratung formuliert die Beiratssitzung der Arbeitnehmerverbände eine Reihe von Forderungen, die dem Arbeitgeber, der die Verhandlungen zu betreiben, die noch besondere Rücksicht aufweisen und zu Unzulänglichkeiten in der Auslegung Anlaß geben. Im speziellen wird eine zeitgemäße Herabsetzung und Anpassung der Arbeitszeiteinstellungen erbetet. Die gegenwärtige Lage der Arbeitnehmer ist als unannehmbar bezeichnet. Die Verhandlungen sind zu beschleunigen und die notwendigen Punkte des „Schwammes“ zur Beiratssitzung bringen.

## Die Organisationsmacht der Unternehmer

Das Jahrbuch der Berufsverbände ist eine der interessantesten Veröffentlichungen des Reichsarbeitsministeriums. Die neueste Ausgabe dieses als Zehnterband des „Reichsarbeitsbuch“ erschienenen Werkes um 100 Seiten Umfang, ist die Ausgabe vom Jahre 1927. Eine Übersicht von den Organisationen ist in Deutschland vorhanden. Bei den Berufsverbänden handelt es sich um solche, die sich mit wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen beschäftigen. Der wachsende Umfang des Jahrbuchs zeigt bereits, daß eine fortwährende Umschau und Neugründung von Organisationen und Vereinigungen erfolgt. Die Zahl der Organisationen ist mit den Jahren in erheblichem Maße gewachsen.

land sowie die Unternehmerverbände in Frage kommen 1476 Reichsverbände, 1559 angegliederte Berufsverbände, 598 Landesverbände vorhanden. Außerdem 121 Reichsverbände und 11 Landesverbände mit anderen Aufgaben. Überwiegend sind Arbeitsverbände beauftragt sich davon 227 Reichsverbände und 167 Landesverbände. Ihre Arbeitsaufgaben erfüllen 51 Reichsverbände und 124 Landesverbände. Im allgemeinen, wirtschaftlichen Aufgaben beauftragt sich 767 Reichsverbände und 217 Landesverbände. Die Erbringung mehrerer Aufgaben haben sich zur Aufgabe gestellt 431 Reichsverbände und 70 Landesverbände. Im September 1927 ist die Zahl der Reichsverbände um 59 zurückgegangen. Dagegen wurde die Zahl der angeschlossenen Berufsverbände von 364 auf 1559. Es ist mithin eine Konzentration bei den Reichsverbänden ein Gesamtüberblick gewinnen wollen, dann müßten wir es uns folgen lassen.

Die beiden größten zentralen Spitzenverbände der deutschen Unternehmerseite sind der Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) und die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (ADA). Diese beiden zentralen Organisationen haben einen Arbeitsbereich derartig aufgeteilt, daß der ADA die wirtschaftlich politischen Fragen bearbeitet, die RDI aber die sozialpolitischen und sozialökonomischen Fragen bearbeitet. Im Jahre 1927, gebildet 1329 Jahrsverbände, 21 land-

wirtschaftliche Verbände, 87 öffentliche und allgemeine Verbände, 72 Handels- und Gewerbevereinen und 1365 Einzelmitglieder.

Die ADA legt sich zusammen aus 49 Reichslandverbänden, 33 berufliche Jahrsverbänden, sieben öffentlichen Jahrsverbänden, 21 gemeindegewerblichen Landes- und Berufsverbänden, 70 gemeindegewerblichen Jahrsverbänden und 2830 Unterverbänden.

Der ADA ging im Jahre 1919 aus der Vereinigung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller und dem Bund der Industriellen hervor. Er ist in der Regel organisiert, daß er je nach Aufgabengebieten in 28 Fachgruppen, einer Zentralgruppe, einer Gruppe für die Industrie und Handelsvereine, einer für öffentliche und allgemeine Verbände und einer für landwirtschaftliche Verbände aufgeteilt hat. Die einzelnen Jahrsverbände sind in den Fachgruppen des ADA zusammengeschlossen. Die Fachgruppen sind gewissermaßen die Zentren der Zentrenorganisationen und alle werden sie von dem Zentralverband Reichsverband bestimmt und zu einer Einheit zusammengefaßt.

Die ADA ist nach 21 Fachgruppen gegliedert. Außerdem steht die Vereinigung mit den Arbeitgeberverbänden der Land- und Forstwirtschaft, dem Reichsverband der Deutschen Bauernvereine mit den Arbeitgeberverbänden des Großhandels, Einzelhandels, der Banken, des Zeitungs- und Verlagswesens und der Versicherungsunternehmen in einem ständigen Kontakt. Neben bei den letztgenannten Wirtschaftszweigen gewisse Kampfsache, so werden die betreffenden Gruppen vom ADA unterstützt.

Neben den beiden wichtigsten Zentrenorganisationen bestehen noch andere, wobei wir zuerst den Reichsverband der Deutschen Bauernvereine nennen wollen. Er besteht aus 51 Reichsverbänden und 11 Landes- und Berufsverbänden. Die im ADA zusammengeschlossenen Verbände haben nicht so sehr abgegrenzten Charakter, wie die Verbände der Industrie. Sie finden dort solche, die sich mit wirtschaftspolitischen Fragen, aber auch solche, die sich mit sozialpolitischen und reinen betriebsrechtlichen beschäftigen. Ähnlich liegt es bei dem Reichsverband des Deutschen Groß- und Lebensmittel- und der Bauernvereine des Deutschen Einzelhandels. Zu erkennen gehören 230 Verbände mit ungefähr 50.000 Großhandelsfirmen. Zur Bauernvereine des Deutschen Einzelhandels gehören 12 Verbände und 43 Einzelhandelsfirmen. Der Reichsverband des Großhandels, wie der des Einzelhandels sind nach Fachgruppen gegliedert.

Alle diese Spitzenverbände werden noch einmal zusammengefaßt im Zentralverband der Unternehmerverbände. Im Zentralverband gibt es acht Unterteilungen, und zwar: Industrie, Landwirtschaft, Handel, Verkehr, Handel, Banken, Versicherungen und sonstige Verbände der Bau- und der Arbeitgeberverbände für das Zeitungs- und Verlagswesen. Wohl gemerkt sind im Zentralverband nur vertreten Spitzenverbände, wie der Reichsverband der Deutschen Industrie, die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der Reichsverband der Deutschen Bauernvereine, der Reichsverband des Deutschen Einzelhandels, der Reichsverband des Deutschen Groß- und Lebensmittel- und der Bauernvereine des Deutschen Einzelhandels.

Im allgemeinen beruht über die Tätigkeit der Unternehmerverbände tiefstes Dunkel. Doch dringt von diesen und jenen Spitzenverbänden nach und nach etwas in die Öffentlichkeit. Besonders durch öffentliche Zugespinnungen, Zeitungsartikel usw. Vom Zentralverband hört man nie etwas, selbst in dem Jahrbuch heißt es: „Er ist in den letzten Jahren öffentlich nicht hervorgetreten.“ Sein Zweck soll u. a. sein: „Die geschilderte Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der Deutschen Unternehmerseite und einmütig Abwehr aller gegen sie gerichteten Bestrebungen.“ Man geht nicht sehr weit an, man annimmt, daß in dieser Dunkelheit die Geschäftslage gelöst werden, die Gesamtinteressen der Unternehmerverbände betreffen. Bereits vor Jahrzehnten schrieb der bekannte Professor Otto Brentano an Rulmann: „Die Arbeitgeberorganisationen sind die wahren Herren der Wirtschaft. Sie sind die Herren der Wirtschaft. Sie sind die Herren der Wirtschaft.“ Wenn dies mehr oder weniger für alle Unternehmerverbände zutrifft, so aber ganz besonders für den Zentralverband der Unternehmerverbände.

Neben den hier gekennzeichneten Organisationsrichtungen sind im Jahrbuch noch eine Unmenge Arten der Unternehmer-

Störungen der Betriebe infolge der Streiks haben sich die Fabriken veranlaßt, nicht nur die mechanische Industrie durch die Streiks, sondern auch in der chemischen Industrie vorzunehmen. Die Lebensdauer der Maschinen ist durch die Streiks in erheblichem Maße vermindert worden. Die Maschinen sind infolge der Streiks in erheblichem Maße vermindert worden. Die Maschinen sind infolge der Streiks in erheblichem Maße vermindert worden.

erreicht worden. In vielen Fällen aber waren genaue Erhebungen nicht möglich. In diesem Jahre sind außer den Erträgen der Landwirtschaft, die im Jahre 1927 im Vergleich mit dem Jahre 1926 um 125,70 Mark oder pro Jahr insgesamt 22.131,30 Mark erreicht worden durch partielle Vollerhebung. Außerdem sind in der Abrechnung von gewissen Vollerhebungserträgen für 25 Parteien pro Woche 60,10 oder pro Jahr insgesamt 3125,20 pro Kopf also 125,40 Mark an Lohn erhalten geblieben.

Die Vertiefung der öffentlichen Bodenbewegungen, die durch die starke Zahl der Betriebe bedingt waren die vielen Unterhandlungen in Streitfällen zwischen den einzelnen Parteien und den Betriebsräten sind in erheblichem Maße durch die Streiks in erheblichem Maße vermindert worden. Die Streiks sind in erheblichem Maße vermindert worden. Die Streiks sind in erheblichem Maße vermindert worden.

seine Meinung. Das führt zu dem, die Fabriken es haterten ihrem Ausfluß Reich und dieser Befehl, daß die Fabriken in Zukunft mit dem Reichsverband nicht mehr verbunden sein.

Die Verhandlungen zwischen dem Zentralverband des Reichsverbandes und dem Reichsverband der Deutschen Arbeitgeberverbände, die im Jahre 1927 im Vergleich mit dem Jahre 1926 um 125,70 Mark oder pro Jahr insgesamt 22.131,30 Mark erreicht worden durch partielle Vollerhebung. Außerdem sind in der Abrechnung von gewissen Vollerhebungserträgen für 25 Parteien pro Woche 60,10 oder pro Jahr insgesamt 3125,20 pro Kopf also 125,40 Mark an Lohn erhalten geblieben.

Der Reichsverband der Deutschen Arbeitgeberverbände, die im Jahre 1927 im Vergleich mit dem Jahre 1926 um 125,70 Mark oder pro Jahr insgesamt 22.131,30 Mark erreicht worden durch partielle Vollerhebung. Außerdem sind in der Abrechnung von gewissen Vollerhebungserträgen für 25 Parteien pro Woche 60,10 oder pro Jahr insgesamt 3125,20 pro Kopf also 125,40 Mark an Lohn erhalten geblieben.

Die Streiks sind in erheblichem Maße vermindert worden. Die Streiks sind in erheblichem Maße vermindert worden. Die Streiks sind in erheblichem Maße vermindert worden.

Die Streiks sind in erheblichem Maße vermindert worden. Die Streiks sind in erheblichem Maße vermindert worden. Die Streiks sind in erheblichem Maße vermindert worden.

Die Streiks sind in erheblichem Maße vermindert worden. Die Streiks sind in erheblichem Maße vermindert worden. Die Streiks sind in erheblichem Maße vermindert worden.

(Fortsetzung folgt.)

